



Niederschrift

52. Plenarsitzung Gemeinderat
17. Juli 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 16 der Tagesordnung: Einrichtung einer Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule

Vorlage: 2018/0405

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat die Einrichtung einer dreizügigen gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Karlsruhe frühestens zum Schuljahr 2020/21. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das unter anderem die Standortfrage thematisiert und dieses im Schulbeirat am 9. November 2018 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 30 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Schulbeirat.

Stadträtin Habibović (SPD): CDU, GRÜNE, FDP und wir haben im Dezember 2017 einen Prüfauftrag für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer der vier Karlsruher Gemeinschaftsschulen gegeben. Das Ergebnis der Machbarkeit sagt, dass wir die Kriterien zur Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule erfüllen. Wir wollen uns nicht nur auf die Machbarkeit beschränken, sondern uns an die Idee der Gemeinschaftsschule erinnern. Denn für alle Schüler von Gemeinschaftsschulen, die das Abitur machen wollen, muss ein transparenter und passgenauer Weg zum Abitur geebnet werden. Diese Schulart wurde eingeführt mit der Option, alle Schulabschlüsse anzubieten.

Aus Sicht der Eltern und Schüler ist der Wunsch vorhanden. Auch wird dieses Angebot attraktiv für Gymnasiallehrer sein, da sie dann auch in den Oberstufen unterrichten können. Trotz dieser Tatsachen gibt es Bedenken. Bedenken, ob es überhaupt sein muss. Wir hätten doch berufliche Gymnasien. Ja, wir haben berufliche Gymnasien, die mit ihren inhaltlichen Ausrichtungen, ihren Profilen und pädagogischer Arbeit der Lehrkräfte ein ausgesprochen

attraktives Angebot in Karlsruhe bilden. Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler aus den allgemeinbildenden Gymnasien in so hoher Zahl auf das berufliche Gymnasium wechseln, unterstreicht das auch. Wir halten es für schwierig, im Falle der Schülerinnen und Schüler aus den Gymnasien die freie Schulwahl zu predigen, im Falle der Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinschaftsschule aber letztlich nach einer staatlichen Zwangssteuerung zu rufen und ihnen ausschließlich das berufliche Gymnasium trotz Erfüllung der Kriterien für die gymnasiale Oberstufe anzubieten.

Zusammenfassend ist zu sagen, wir finden es gut, dass wir ein tolles Abiturangebot durch die beruflichen Gymnasien haben. Wir finden es genauso gut, wenn wir eine gymnasiale Oberstufe an einer der vier Gemeinschaftsschulen haben. Wir wünschen uns, dass dieser Antrag nicht zu einem gegeneinander Ausspielen der Schularten führen wird, sondern eher ein Miteinander hervorruft. Denn ein breites, vielfältiges Angebot zeichnet mitunter auch eine gute Schullandschaft aus. Deshalb eine volle Zustimmung unsererseits.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE begrüßen diese Beschlussvorlage und freuen uns sehr darüber, dass wir hier eine Vorlage haben, mit der ein Grundsatzbeschluss für die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an einer unserer vier Gemeinschaftsschulen eingerichtet wird. Die Beschlussvorlage enthält noch keine Entscheidung, welche der zwei in Frage kommenden Gemeinschaftsschulen die Oberstufe bekommen wird. Es ist auch nicht die Aufgabe von uns als Gemeinderat, hierzu Vorschläge zu machen. Wir freuen uns aber, dass die Stadtverwaltung schon eine Prüfung dazu eingeleitet hat. Wir begrüßen es auch, dass der Zeitplan für die Einführung der gymnasialen Oberstufe transparent dargestellt ist, und dann im November schon ein Grundlagenbeschluss für die Einführung an einer bestimmten Gemeinschaftsschule getroffen werden kann.

Ich möchte heute für meine Fraktion einige wesentliche Gründe für die Einführung der gymnasialen Oberstufe noch einmal kurz aufzeigen. Es ist ein Mehrwert, wenn eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule eingerichtet wird. Die Gemeinschaftsschule unterscheidet sich dadurch von allen anderen Schularten, dass sie eine Schule für alle Kinder ist, und die Kinder dort auf unterschiedlichem Bildungsniveaus lernen können. Dieses Lernkonzept kann dann auch in einer gymnasialen Oberstufe zumindest teilweise umgesetzt werden. Die Eltern wünschen auch ganz explizit, dass ihre Kinder die Möglichkeit bekommen, den Bildungsgang vollständig bis zum Abitur durchzuführen.

Ein Mehrwert ist auch – darauf hat Frau Kollegin Habibović schon hingewiesen -, dass die gymnasialen Lehrkräfte dann auch an einer Oberstufe unterrichten können, was im Übrigen auch für ihre Professionalität im Team ganz entscheidend ist. Denn sie müssen auch schon in der Unter- und Mittelstufe die Schüler und Schülerinnen auf die spätere Oberstufe und das Abitur mit vorbereiten.

Es gibt auch sehr gute Voraussetzungen für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Karlsruhe. Die Stadtverwaltung hat überzeugend mit der Machbarkeitsstudie dargelegt, dass alle Voraussetzungen bestehen. Hier ist vor allem wichtig, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dann in die gymnasiale Oberstufe wechseln können, de facto vorhanden sein wird. Was ich einmal aufzeigen möchte neben dem, was ohnehin schon in der Vorlage steht, dass wir rund 12 ½ Züge in Karlsruhe haben, dazu noch sechs Züge im Landkreis der drei Gemeinschaftsschulen, sind das dann rund 300 bis 350 Schülerinnen und Schüler eines Abschlusses. Wenn wir da nicht mindes-

tens 60 zusammenbekommen, die auf Realschulniveau oder auf gymnasialem Niveau gelernt haben, dann wäre das auch eine Bankrotterklärung für die Gemeinschaftsschule. Auch heute wechseln schon Realschüler mit Realschulabschluss an die beruflichen Gymnasien. Die können dann auch künftig an die Oberstufe der Gymnasien wechseln. Von daher, wenn man einigermaßen rechnen kann, steht schon fest, dass wir auf jeden Fall die Anzahl der Schülerinnen und Schüler haben werden.

Es wurde auch aufgezeigt, dass die Auswirkungen – Frau Habibović hat es auch schon erwähnt – auf die anderen Schularten so gering sind, dass sie dadurch nicht bedroht sind, dass sie eine Klasse verlieren. Wobei man schon so vorsichtig argumentieren muss. Denn im Grunde geht es um ein Wahlrecht der Eltern und nicht um die Frage, ob eine jeweilige Schulart einen Anspruch hat auf ganz bestimmte Schüler. Es geht um die Frage, was wollen die betroffenen Eltern? Was machen wir, um das Bildungsangebot entsprechend auszugestalten, dass es den Wünschen und Bedürfnissen, aber auch den bildungspolitischen Zielen, die wir im Land verfolgen, entspricht.

Zum Schluss: Wir als GRÜNE-Fraktion freuen uns, dass auch alle anderen Fraktionen – so hoffe ich doch - dieses Vorhaben unterstützen. Wir haben auch festgestellt, dass die Gemeinschaftsschulen sehr leistungsstark sind. Die Augustenburg-Gemeinschaftsschule hat jetzt ihren ersten Jahrgang entlassen. Die haben hervorragende Abschlüsse gemacht. Viele Schüler haben auf gymnasialem Niveau abgeschlossen. Alle haben den Realschulabschluss bestanden. Auch da zeigt sich, dass diese Schule nicht nur eine pädagogisch innovative Schule ist, sondern auch eine leistungsstarke. Deshalb freuen wir uns, dass wir den Beschluss fassen können. Ich bedanke mich sehr herzlich. Wir hoffen, dass wir für die Stadt Karlsruhe heute eine wichtige Standortentscheidung treffen mit der gymnasialen Oberstufe.

Stadtrat Krug (CDU): Ich bin jetzt ein wenig überrascht, Frau Rastätter, dass Sie uns im Schulbeirat so missverstanden haben. Aber sei es drum. Der Rest wird wenig überrascht sein, dass ich und meine Fraktion diesem Vorstoß skeptisch gegenüberstehen. Wir sehen keine unbedingte Notwendigkeit - manche sprechen von einer systemimmanenten Perspektive – für eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule. Wir glauben auch nicht, dass das Argument zutrifft, dass viele Eltern deswegen der Gemeinschaftsschule skeptisch gegenüber stehen, weil diese noch keine Oberstufe, also den von Frau Rastätter angesprochenen Mehrwert besitzt, der zum Abitur führen kann.

Es liegt vielleicht auch daran, dass 2011 und in den Jahren danach große Erwartungen und Versprechungen durch die Gemeinschaftsschule und ihre Befürworter geweckt wurden, die so nicht erfüllt wurden, zumindest nicht in den Augen vieler Eltern. Auch deswegen kann man in einigen Landesteilen schon sehen, dass eine Abkehr von der Gemeinschaftsschule stattfindet. Wir sind – anders als Sie, Frau Rastätter, anders als Sie, Frau Habibović – nicht davon überzeugt, dass eine Oberstufe daran etwas ändern kann. Wir haben dem Prüfauftrag zugestimmt. Das bedeutet aber nicht, dass wir damit schon zugestimmt haben, eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Karlsruhe einzuführen.

Wenn wir genauer auf die Zahlen schauen, wird deutlich, wo ein Problem liegt. Die Schülerzahlen über 60, das ist eines der Kriterien, später prognostiziert über 70, erreichen wir nur, wenn neben dem G-Niveau, also dem gymnasialen Niveau bis zu 30 % der Schüler aus dem M-Niveau kommen, dem mittleren, bzw. dem Realschulniveau. Das ist formal kor-

rekt. Aber ist es auch realistisch zu glauben, dass diese Schüler dann erfolgreich ein Abitur schaffen? Zum einen sprechen die bisherigen Erfahrungen mit Realschülern an allgemeinbildenden Gymnasien – die gab es auch, wenn nur sehr vereinzelt -, die dort in die Mittel- oder Oberstufe gewechselt haben, eher dagegen. Das waren nämlich extrem leistungsfähige und leistungswillige Schüler. Da bekommen Sie die Zahlen nicht zusammen. Zum anderen verweisen die Praktiker der Oberstufe – das sind nun einmal bisher die Oberstufenlehrer an den Gymnasien, ich darf beispielhaft Uwe Müller, den Schulleiter des Max-Planck-Gymnasiums in Rüppurr nennen – darauf, dass es für sie nicht nachvollziehbar ist, dass mit dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschulen das zentral vorgegebene Programm, der Bildungsplan der Oberstufe und das Zentralabitur bewältigt werden können. Nicht umsonst warnen die Verbände der Berufsschullehrer, der Realschullehrer und der Gymnasiallehrer im Land davor, ich zitiere: Parallelstrukturen zu errichten, für die kein ausreichender Bedarf besteht. Zumindest nicht auf Dauer. Gerade – Sie haben es schon erwähnt – für leistungsstarke Realschulabsolventen stehen heute schon die beruflichen Gymnasien zur Verfügung, die seit vielen Jahren erfolgreich Schülerinnen und Schüler zum allgemeinbildenden Abitur führen.

Es gibt andere Punkte, die man anschneiden kann. Da ist die Angst um unsere begrenzten Ressourcen, dass die eine Schulart bevorzugt wird, die andere benachteiligt wird. Wie wollen Sie diese Angst nehmen? Für viele gymnasiale Lehrkräfte – ich wollte es eigentlich nicht ansprechen – ist die Entscheidung für eine Gemeinschaftsschule eben nicht erste Wahl, sondern sie ist, um eine Kanzlerin zu zitieren, alternativlos, sei es, weil es der einzige Schulstandort ist, wo sie eine Arbeitsstelle bekommen, sei es, weil sie sonst überhaupt keine Stelle bekommen. Selbstverständlich, der Elternwille ist wichtig. Aber Sie erlauben mir als G-9-Lehrer den Hinweis, wer mit dem Elternwillen argumentiert, der sollte auch einmal darüber nachdenken, ob man nicht richtig Geld in die Hand nimmt, um unser G-9-Gymnasium auszubauen, beispielsweise zum sechszügigen Gymnasium. Auch dazu kann man Elternwillen erfüllen.

Abschließend möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir – das war unsere bisherige Praxis bei den vier Gemeinschaftsschulen –, wenn sich der Gemeinderat in seiner Mehrheit für eine Oberstufe an einer Karlsruher Gemeinschaftsschule ausspricht, als CDU-Gemeinderäte selbstverständlich alles dafür tun werden, dass die Hoffnungen, die diese Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern in dieses Projekt geben, erfüllt werden.

Stadtrat Cramer (KULT): Wir haben jetzt zwei fünfminütige Reden gehört. Einmal von der CDU, einmal von den GRÜNEN. Das zeigt mir an sich schon, dass es gar nicht primär um den Beschluss geht, der hier vorliegt, sondern es geht um grundsätzliche Vorstellungen von Schule. Meine Fraktion ist auch in den vergangenen Jahren immer den Weg mitgegangen, wenn von der Landesregierung – egal, welche es war – Vorschläge gemacht wurden, neue Dinge auf den Weg gebracht wurden, wie beispielsweise die Werkrealschule, die auch sehr umstritten war damals. Wir sind da auch mitgegangen. So werden wir auch heute dieser Vorlage der Verwaltung zustimmen. Auch deshalb, Herr Kollege Krug, weil, als die Gemeinschaftsschule ins Leben gerufen wurde, immer klar war, dass am Ende auch eine Oberstufe damit verbunden ist und die Möglichkeit gegeben sein muss, dass die Kinder, die von Anfang an oder relativ frühzeitig ihren schulischen Weg dort begonnen haben, den auch dort beenden können. Das ist für uns mit eines der wichtigen Argumente. Ich spreche jetzt eben nicht vom Land. Wie es draußen im Land ist, das muss ich jetzt einmal

als Karlsruher Kommunalpolitiker sagen, interessiert mich erst einmal nicht, sondern ich schaue hier auf die Stadt, auf das, was wir hier auf den Weg gebracht haben mit den Gemeinschaftsschulen. Da fehlt jetzt noch das I-Tüpfelchen sozusagen, dass wir heute mit großer Mehrheit diese Oberstufe beschließen.

Stadtrat Jooß (FDP): Bei uns in Baden-Württemberg muss kein einziger Schüler hinten herunterfallen. Wir haben schon immer eine starke Durchgängigkeit in unserem Schulsystem. Wir befürchten eine Absenkung des Bildungsniveaus durch diese Einführung und sehen bildungsperspektivisch eher einen Rückschritt als einen Fortschritt in unserem System. Wir stimmen deswegen gegen die Vorlage der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): In Anbetracht der Länge der Tagesordnung habe ich mich bisher mit Redebeiträgen zurückgehalten und habe auch die Redebeiträge sehr kurz gestaltet. Das will ich auch für den Rest des Abends so halten. Herr Krug hat zudem sehr umfangreich vorgetragen. Ich will mich für die AfD ihm anschließen. Wir haben in Deutschland ein durchlässiges Schulsystem. Wir haben in Baden-Württemberg ein sehr durchlässiges Schulsystem. Mein Kollege Bernhard hat auch in der Realschule begonnen, hat hinterher Abitur gemacht und studiert und ist erfolgreich, ist sogar im Bundestag. Alles kein Problem. Deswegen sind wir der Meinung, es soll so bleiben wie bisher. Die Oberstufe sollte den Gymnasien vorbehalten bleiben. Die Schüler, die Abitur machen wollen, können dann ins Gymnasium wechseln. Jedenfalls passt sie nicht zu Gemeinschaftsschulen. Deswegen lehnen wir die Vorlage ab.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Im November wird dann die spannende Diskussion losgehen, an welchem der Standorte das passieren kann. Da werden wir sicherlich alle Argumente auch noch einmal austauschen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
31. Juli 2018